

Danziger Zeitung.

№ 10322.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhägergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Strasburg, 2. Mai. Die gestern gehaltene Ansprache des Kaisers an den Landesausschuß lautet: „Ich freue mich, daß wir hier zum ersten Male uns sehen, weil ich der Ueberzeugung lebe, daß die Hoffnungen und Wünsche, die Sie soeben als die des Reichslandes ausgesprochen haben, sich voll erfüllen werden, wenn Sie sich von der Aufgabe durchdringen fühlen, das Reichsland immer mehr mit dem Mutterlande zu assimilieren und das deutsche Element immer mehr zu beleben. Ueberrascht von dem freundlichen Entgegenkommen und der lebhaften Begrüßung erlaube ich mir die Zuversicht, daß es nur des Gewöhnens und Einlebens bedarf, um, wenn Jeder thut, was in seinen Kräften steht, ein neues Verhältnis zu gegenseitiger Genugthuung zu gestalten.“

Wien, 2. Mai. Die „Presse“ enthält folgende Meldung aus Moskau: Ein englischer Dampfer wollte ohne die nötigen Vorsichtsmaßregeln in den Hafen von Kertsch einfahren und stieß auf Torpedos auf, welche explodierten. Das Schiff wurde zertrümmert, Mannschaft und Ladung gingen unter.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Strasburg, 1. Mai. Generalfeldmarschall Moltke ist heute Nachmittag hier angekommen und vom Publikum mit Hurrahrufen empfangen worden. — Das Braunschweigische Infanterie-Regiment Nr. 92 ist heute hier eingetroffen. — Der Kaiser ist heute, 4 Uhr 50 Minuten, mit seinem Gefolge bei dem prächtigsten Wetter hier eingetroffen und unter Glockengeläute und Kanonendonner in die Stadt eingezogen. Die Gegend am Stadtbahnhof, sowie die zur Präfectur führenden Straßen waren mit großen Menschenmassen erfüllt, welche den Kaiser mit lebhaftem Enthusiasmus begrüßten. Alle öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser sind auf das Reichste und Festlichste geschmückt.

Petersburg, 1. Mai. Der englische Botschafter, Lord Loftus, hat heute hier die Neutralitäts-Erklärung Englands überreicht. Derselbe stimmt vollkommen mit derjenigen vom 9. August 1870 überein, welche England anlässlich des deutsch-französischen Krieges abgegeben. — Die Kaiserin wird mit der Gemahlin des Großfürsten Thronfolger dem Kaiser entgegenreisen und am Freitag Abend in Moskau eintreffen. Dieselben werden am 8. d. M. hierher zurückkehren. Der Kaiser verläßt morgen Kischeneff und kehrt über Odessa hierher zurück.

Reichstag.

34. Sitzung am 1. Mai 1877.

Obne Debatte erledigt das Haus in erster und zweiter Beratung den Gesetzentwurf, dessen einziger Paragraph lautet: „Aus dem Reingewinn des von dem großen Generalstab redigierten Werkes „Der deutsch-französische Krieg 1870/71“ wird die Summe von dreihunderttausend Mark dem Kaiser zur Verfügung gestellt, um eine Stiftung zu errichten, deren Erträge die Bestimmung haben, im Interesse des Generalstabes des deutschen Heeres zur Förderung militärwissenschaftlicher Zwecke und zu Unterstützungen verwendet zu werden. Die Verwaltung dieser Stiftung und die Verwendung der auskommenden Erträge erfolgt durch den Chef des Generalstabes der preussischen Armee nach Maßgabe der von dem Kaiser genehmigten Stiftungsurkunde.“

Zweite Beratung des Entwurfes eines Patengesetzes. § 1: „Patente werden erteilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten. Ausgenommen sind: 1. Erfindungen, deren Verwertung dem Gesehe oder guten Sitten zumwiderlaufen würde; 2. Erfindungen von Nahrungs-, Genuss- und Arzneimittel, sowie von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden, soweit die Erfindungen nicht ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betreffen.“ Die Regierungsvorlage enthält als dritte Nummer noch folgenden Passus: „Erfindungen von Mustern oder Modellen, welche lediglich die Verschönerung oder die Ausschmückung eines Gegenstandes bezwecken.“

Referent Abg. Hammacher: Die Commission hat die Ueberzeugung, daß es im dringenden Interesse des Vaterlandes liege, diesen Gesetzentwurf jetzt zu Stande zu bringen. Wegen der Knappheit der Zeit will ich während der Verhandlungen nur dann das Wort ergreifen, wo dies durch äußere Umstände bedingt ist. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Erfeld): Ich bin ein Gegner dieses Gesetzes, obwohl ich weiß, daß ich mich damit im Gegensatz zu vielen meiner politischen Freunde und auch im Gegensatz zur öffentlichen Meinung befinde. Es ist ja ganz natürlich, daß man einem unbekannten Billigkeitsgefühl folgend, dem Erfinder einen Lohn für seine Anstrengungen und oft großen Capitalaufwendungen zukommen lassen will. Aber es stoßen uns dabei doch bald Bedenken auf. Zunächst kann von einem geistigen Eigentum, unter Juristen wenigstens, nicht mehr die Rede sein (Sehr richtig!), sonst würde das ganze Patentwesen auf Piraterie hinauslaufen. Dann ist aber der Apparat im Verhältnis zum Refusit viel zu großartig und steht auf einem schwankenden Boden; denn auf diesem Gebiete stehen sich die Gegensätze noch unvermittelt und scharf gegenüber. Höchst eigentümlich ist es schon, daß man gar nicht weiß, was überhaupt ein Erfinder ist; das Patentamt und die Wissenschaft sollen in jedem einzelnen Falle erst erfinden, was ein Erfinder ist. Ferner ist gar nicht die Rede vom Entdecker, trotzdem derselbe oft viel verdienstvoller ist, als der Erfinder; ich erinnere nur an die chemischen Entdeckungen. Man hat nun einen künstlichen Erfinder aufgestellt, nämlich den Anmelder! Erst durch einen weitläufigen Proceß kommt man vielleicht auf den eigentlichen Erfinder. Dann kommt die Unterscheidung zwischen Er-

finder und Verbesserer. Ich erinnere nur an die Daguerreotypie, die Daguerre und Niépce zusammen erfunden haben, so daß man gar nicht weiß, wer eigentlich der erste Erfinder ist. Aber was nützte diese Erfindung gegenüber der des Engländers Talbot, der zuerst derartige Abbildungen auf Papier übertrug. Man kann dabei nicht unterscheiden, wer der verdienstvollste ist, es kommt dann die Frage, ob ein Vorprüfungsverfahren stattfinden soll oder nicht. In England hat man sich 1872 entschieden dagegen ausgesprochen; Ihre Commission empfiehlt Ihnen die Annahme desselben. Bedenken Sie dann, welcher Mißbrauch mit dem Patentwesen getrieben wird, wie der Hamburg daselbst exploitiert! In Preußen sind von 1857—1867 auf 800 Gesuche nur 100 Patente erteilt worden, 700 wurden zurückgewiesen. Welche Arbeitskraft wird da für faule Speculanten verschwendet! Denn die Patentfälschung läuft in den meisten Fällen auf Reclame hinaus. In England findet man bis auf die Stiefelschle und den Stockpuff hinab nichts, was nicht patentiert ist. Der Patentschutz ist es durchaus nicht, der die Blüthe der französischen und amerikanischen Industrie hervorgerufen hat. Die Schweiz hat keinen Patentschutz und steht ihre Industrie nicht sehr hoch? In den Niederlanden ist der Patentschutz seit 1870 beseitigt; man hat dort auch gefunden, daß die Medizin schlimmer ist als das Uebel. Woher sollen wir den großen Sachverständigen-Apparat nehmen? Ihre Zahl müßte eine Legion sein, wenn man für alle Fragen eine zuverlässige Antwort haben wollte. Dem Grundgedanken dieses Gesetzes bin ich nicht gerade abgeneigt, aber der Apparat scheint mir so unzuverlässig, daß ich sage: in dubio abstinere! Ich kann nur das Wort des Abg. Jörg wiederholen, ein Militärsatz vertritt sich nicht mit der Industrie; deshalb dürfen wir von unserer Industrie nicht die Blüthe verlangen, die die französische, englische und amerikanische Industrie erreicht haben. An Erfindungen fehlt es bei uns nicht, wohl aber an der Kunst, dieselben zu verwerten. Unsere Arbeiter bleiben hinter den englischen weit zurück. Nach jeder Richtung hin sollten wir es den Engländern gleich zu thun suchen.

Abg. v. Kleist-Rekow: Der Vorredner hat sich ausdrücklich mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden erklärt und gesagt, so wie es jetzt in Deutschland ist, kann es nicht bleiben. Er hat dann eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten hervorgehoben; er hat davon gesprochen, daß es überhaupt schwierig sei, den Erfinder festzustellen; er hat dabei einen Unterschied zwischen Erfinder und Entdecker gemacht. Wenn er aber die Vorlage ansieht, so wird er erkennen, daß diese Schwierigkeit überwunden ist. Die Vorlage geht von der Präsumtion aus, daß der Anmelder der Erfinder ist; wenn das Recht eines Anderen dabei verletzt ist, so kann derselbe seine Ansprüche geltend machen. In den Ländern, in denen man Patentschutz hat, denkt man gar nicht daran, denselben anzuhängen, ja man schreibt demselben einen großen Theil der Blüthe der Industrie zu. Wenn der Vorredner dann von der Schweiz und den Niederlanden gesprochen hat, die keinen Patentschutz haben, so sind das eben nur kleine Staaten mit ganz besonderen Verhältnissen. Wenn dann weiter gesagt ist, Deutschland als Militärsstaat könne niemals ein Industriestaat sein, so kann ich doch nur auf Frankreich verweisen, welches doch auch ein Militärsstaat ist und trotzdem eine blühende Industrie besitzt. Wir müssen durch den Patentschutz die Arbeit schätzen; die Idee an und für sich soll nicht patentiert werden, sondern nur der Uebergang derselben in die Praxis. Der Mangel eines solchen Schutzes hat viele deutsche Industrielle veranlaßt, den Schutz außerhalb des Vaterlandes zu suchen, um den Weltmarkt der Industrie auf dem Weltmarkt aufnehmen zu können.

Ministerialdirector Jacobi: Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge muß ein Erfinder sich an sämtliche Einzelregierungen wenden, um ein Patent für Deutschland zu erlangen. Einige kleinere Staaten haben überhaupt keinen Patentschutz, und dieses Terrain ist freigegeben für jeden Dritten, der einen Angriff auf einen Patentschutz machen will. Naturgemäß unterliegt der Erfinder seitens der verschiedenen Regierungen einer verschiedenen Behandlung; die Gelegenheit ist verschieden und ebenso verschieden sind die Grundsätze, nach denen sie gehandhabt wird. Die Folge ist, daß die eine Regierung erklärt, die Erfindung ist neu, die andere sagt, sie ist nicht neu, und eine dritte vielleicht, sie ist nur theilweise neu. Diese Verhältnisse schädigen die Gesamtsituation unserer ganzen Industrie. Aus dieser bedenklichen Situation giebt es nur zwei Auswege, entweder man giebt ein allgemeines Patengesetz für ganz Deutschland, oder man hebt alle bestehenden Particulargesetze auf, so daß gar keine Patente mehr bestehen. Das Letztere werden selbst diejenigen nicht wollen, welche gegen das vorliegende Gesetz sind. Es ist eigentlich unerlässlich, weshalb nicht schon lange sich eine lebhaftere Agitation für den Patentschutz entwickelt hat. Ich weiß nur eine Erklärung, daß es unserer Industrie an dem nötigen Selbstbewußtsein gefehlt hat. Die Regierung hat sich bei ihrer Vorlage lediglich auf den praktischen Standpunkt gestellt. Es bestehen allerdings zwei Länder, in denen ein Patentschutz gar nicht existiert, es liegt dies in den besondern Umständen derselben; aber in der Schweiz ist jetzt eine lebhaftere Agitation für den Patentschutz im Gange. Wenn also in allen Deutschland umgebenden Ländern ein Patentschutz besteht, sollte Deutschland da alle Patente aufheben? Ich glaube, derartige Verhältnisse gebieten einen Patentschutz. Der Reichstag hat das Musterrechtsgesetz angenommen, dessen Dringlichkeit viel zweifelhafter war als die Dringlichkeit des vorliegenden Gesetzes. Es ist also eine einfache Konsequenz, wenn Sie jetzt dieses Gesetz annehmen. Unsere Industrie hat schon viel geleistet; Vieles, was heute als englisches und amerikanisches Fabrikat bezeichnet wird, ist, wenn man auf den Ursprung zurückgeht, deutsches Fabrikat. Wir wollen, daß das, was von Deutschen erfunden ist, auch unter einem deutschen Patent auf den Weltmarkt kommt. (Beifall.)

Ref. Abg. Hammacher: Die Commission hat nicht etwa aus Patentfanatismus bestanden; wir sind vielmehr der Meinung gewesen, daß das Uebelstun des Landes mit werthlosen Patenten mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Deshalb haben wir vorgeschlagen, daß das Anmeldesystem durch das System der Vorprüfung mit einem correcten Aufgebotsverfahren zu ersetzen ist. Die Ueberzeugung der Commission war, daß, wenn es der Regierung gelingt, das Patentamt aus tüchtigen, besonnenen Männern zusammenzusetzen, die

Besorgnisse des Abg. Reichensperger grundlos sind, weil dann die Patente auf ein sehr geringes Maß zurückzuführen sein werden.

§ 1 wird darauf nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 2 lautet: „Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung in öffentlichen Druckschriften bereits derart beschrieben oder im Inlande bereits so offenkundig benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint. Die im Auslande amtlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffentlichen Druckschriften erst nach Verlauf von drei Monaten seit dem Tage der Herausgabe gleich. Hierzu beantragte Abg. Grothe am Schluß folgenden Zusatz zu machen: „Ist das Patent von demjenigen, welcher dasselbe im Auslande angemeldet hat, oder mit dessen Einwilligung von einem Anderen nachgesucht wird. Der Patentschutz steht in diesem Falle auch der Uebersetzung nicht entgegen, daß die Beschreibung inzwischen in andere Druckschriften übergegangen ist.“ Ein gleichlautendes Amendement ist vom Abg. Löwe gestellt, nur daß es darin anstatt „in andere Druckschriften“ heißt „in inländische Druckschriften“.

Abg. Grothe: Es ist vielen Erfindern passiert, daß, während ihr Patentgesuch noch schwebte, irgend eine Beschreibung ihrer Erfindung in einem ausländischen Blatte erschien, in Folge dessen ihr Gesuch hinfällig wurde. Mein Antrag bezweckt, diese Schädigung des Erfinders zu verhindern. — Ministerial-Director Jacobi: Ich bitte, die Anträge Grothe und Löwe abzulehnen. Der wohlmeinende Zweck, den die Antragsteller im Auge haben, wird durch dieselben nicht erreicht, vielmehr der ehrliebe Erfinder geradezu benachteiligt. Denken Sie sich, es sei in England ein Patent nachgesucht und publiziert, ein Deutscher aber macht sofort Gebrauch von dieser Publikation und sucht in Frankreich ein Patent nach, wenige Tage darauf sucht derselbe, der also diese Erfindung aus der englischen Publicationsschrift gekloppt, in Deutschland ein Patent nach. Wollen Sie eine derartige verwerfliche Manipulation gesetzlich sanctionieren, sobald sie nur den Umweg über das Ausland nimmt? Eine andere Konsequenz der Annahme der Amendements wäre diese. Nehmen Sie an, es habe jemand in Deutschland eine Erfindung gemacht; die Zeichnung und Beschreibung derselben aber wird ihm durch einen Dritten entwendet, der daraufhin im Auslande ein Patent nachsucht. Von diesem Augenblicke wäre der eigentliche Erfinder, dem die Beschreibung entwendet wurde, nach dem Amendement absolut verhindert, in Deutschland ein Patent zu erhalten, weil die auswärtige Patentschrift bereits veröffentlicht war. — Abg. Lasker: Ich beantrage, den zweiten Satz des § 2 überhaupt zu streichen. Bei der ganzen Patentgesetzgebung wollen wir das Prinzip zum Ausdruck bringen, daß das Patent Gemeingut der Nation werde, zuerst gegen Selbstschädigung für den Empfänger, die dem letzteren der Schutz seiner Erfindung gewährt, jedoch aber, nach Aufhebung der Wirksamkeit des Patents, durch vollständige Freigabe der Erfindung. Wenn nun eine Erfindung so bekannt ist, daß sie bereits zum Gemeingut der Nation geworden, so ist es gegen das genannte Prinzip, eine künstliche Beschränkung herbeizuführen, durch welche dieses Gemeingut dem Volke wieder entzogen wird. Eine solche Beschränkung aber enthält, und zwar zu Gunsten der im Ausland patentierten Erfindungen, der zweite Satz des § 2. Für die Streichung dieses Satzes spricht aber noch ein wichtiges Moment. Wir sind im Begriff, mit dem Ausland Handelsverträge abzuschließen, die erst nach Erlass dieses Gesetzes perfect werden. Durch die Annahme des zweiten Absatzes gewähren wir dem Auslande eine sehr große Erleichterung in der Richtung, daß sie Verträge mit uns nicht mehr brauchen; wir treiben es aber zum Abschluß der Verträge an, wenn wir diesen das Ausland begünstigenden Absatz streichen. — Die Amendements, sowie der Antrag Lasker auf Streichung des zweiten Absatzes werden hierauf abgelehnt und § 2 unverändert genehmigt. Ebenso werden die §§ 3—7 unverändert angenommen.

§ 8 lautet: „Für jedes Patent ist bei der Ertheilung eine Gebühr von 30 M. zu entrichten. Mit Ausnahme der Zusatzpatente ist außerdem für jedes Patent mit Beginn des zweiten und jeden folgenden Jahres der Dauer eine Gebühr zu entrichten, welche das erste Mal 50 M. beträgt und weiterhin jedes Jahr um 50 M. steigt. Einem Patentinhaber, welcher seine Bedürftigkeit nachweist, können die Gebühren für das erste und zweite Jahr der Dauer des Patentes bis zum dritten Jahre gestundet und, wenn das Patent im dritten Jahre erlischt, erlassen werden.“ Abg. v. Döder beantragt, im zweiten Absatz anstatt „50 M.“ zu setzen „30 M.“ und im dritten Absatz anstatt „Bedürftigkeit“ zu setzen „Mittellosigkeit“. — Geh. Rath Nieberding bitte das Amendement abzulehnen. Es ist eine allbekannte Erfahrung, daß niedrige Patentgebühren das Nachsuchen und die Aufrechterhaltung werthloser, die gewerbliche Thätigkeit hemmender Patente fördern. Ein gutes Patengesetz muß allerdings für das erste Jahr eine nur mäßige Tage vorschreiben, um nicht Erfindern das Nachsuchen von Patenten zu erschweren. Dann aber muß die Gebühr von Jahr zu Jahr steigen. In der Zahlung der steigenden Gebühr liegt eine Gewähr dafür, daß das Patent nutzbringend sei, während die Inhaber werthloser mit der Erkenntnis der Werthlosigkeit auch die Neigung verlieren, die steigenden Gebühren zu zahlen. Wie wirksam die wachsende Gebührenscala ist, zeigt England, wo nach 3 Jahren etwa 2/3, nach 7 Jahren etwa 1/10 der Patente erlöschen. — Abg. v. Döder: Die Patentgebühren sollen die Kosten der Patentverwaltung decken oder keineswegs der Reichskasse Einnahmen für andere Verwendungszwecke zuführen. Ueberschreitet man durch die Patentgebühren diese Grenzen, so vertheuert man in unbedingter Weise den Genuß des Schutzes neuer Erfindungen. — Der Antrag Döder wird hierauf abgelehnt und § 8 unverändert angenommen. Desgleichen die §§ 9 und 10.

§ 11 lautet in der Fassung der Commission: „Das Patent kann nach Ablauf von drei Jahren zurückgenommen werden: 1) wenn der Patentinhaber es unterläßt, im Inlande die Erfindung im angemessenen Umfang zur Ausführung zu bringen, oder doch Alles zu thun, was erforderlich ist, um diese Ausführung zu sichern; 2) wenn im öffentlichen Interesse die Ertheilung der Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung an Andere geboten erscheint, der Patentinhaber aber gleich-

wohl sich weigert, diese Erlaubnis gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung zu ertheilen. Daß die Ertheilung der Erlaubnis im öffentlichen Interesse geboten sei, ist namentlich dann anzunehmen, wenn ein Patent für eine andere Erfindung erteilt ist, deren Benutzung von der Ertheilung der Erlaubnis abhängt. Hierzu beantragen die Abgg. Grothe und v. Kleist-Rekow, den zweiten Absatz der Nr. 2, nämlich die Worte: „Daß die Ertheilung — abhängig“ zu streichen. Ferner beantragen die Abgg. v. Kleist-Rekow und Strudmann, vor dem Worte „Erfindung“ einzuschalten: „wesentliche“ und folgenden Satz am Schluß hinzuzufügen: „Die Ertheilung der Erlaubnis kann jedoch in diesem Falle nur verlangt werden, wenn dem ersten Patentinhaber auf dessen Verlangen die sofortige Benutzung der letzteren Erfindung gegen angemessene Vergütung in gleicher Weise gewährt wird.“ — Abg. Grothe: Der letzte Absatz des Commissionsparagraphen ist viel zu weitgehend, denn nach demselben würde schon an und für sich jede neue Erfindung, welche zu einem patentierten Gegenstande gemacht wird, als das öffentliche Interesse berührend zu betrachten sein, und irgend ein Patentschwärmer, der sich in den Besitz eines werthvollen Patents setzen will, bringt eine kleine Veränderung an und wird in Folge dessen die Lizenz erhalten. — Abg. v. Kleist-Rekow: Der vorliegende Paragraph ist der wichtigste des ganzen Gesetzes. Die Regierungsvorlage ging entschieden zu weit, wenn sie einem Jeden die Lizenz nach einem gewissen Zeitraum ertheilte und somit das Hauptpatent völlig werthlos machte. Deshalb hat die Commission eine entschiedene Verbesserung getroffen, indem sie die Forderung stellte, daß die Lizenz im öffentlichen Interesse geboten sei. Aber in dem letzten Absatz hat sie einen Mißgriff gethan, indem sie eine Exemplification eintreten ließ. Eine solche widerspricht völlig einem allgemeinen Grundsatz in der Technik der Gelehrsamkeit, nach welchem jeder Satz so allgemein gefaßt werden muß, daß alle Fälle, auf die er sich beziehen soll, im Einzelnen in ihm enthalten sind. Wenn Sie jene Exemplification annehmen, so stellen Sie den zweiten Patentinhaber viel besser als den ersten, wenn Sie jenen Absatz annehmen. — Ministerialdirector Jacobi spricht sich ebenfalls gegen den letzten Satz des Commissionsvorschlages. — Abg. Strudmann: Ich stimme vollständig mit dem Grundsatz überein, nach welchem die Gelehrsamkeit keine Exemplification zuläßt, aber ich glaube, daß es sich hier weniger um eine Exemplification als um eine Begriffsdefinition der Verbesserungspatente handelt. Einem Mißbrauch wird nach meiner Auffassung durch die Einschaltung des Wortes „wesentlich“ in dem streitigen Absatz vorgebeugt. — Abg. Lasker: Es handelt sich hier eigentlich nicht um eine Exemplification, sondern um eine Anweisung an das Patentamt, daß in diesem Fall ein öffentliches Interesse anzunehmen sei. Es ist durchaus nicht immer richtig, daß die ursprüngliche Erfindung die wichtigste sei, sondern sie kann oft erst durch eine Verbesserung ihren eigentlichen Werth erhalten; ich hätte deshalb die Zeitdauer für die Zurücknahme des Patents sogar gern noch länger gestellt, jedenfalls empfehle ich Ihnen, am letzten Absatz der Commissionsfassung festzuhalten. — Ref. Abg. Hammacher empfiehlt die Vorlage der Commission. — § 11 wird hierauf mit Ausnahme des Absatzes 2 der Nummer 2 angenommen. § 12 wird ohne Debatte genehmigt.

§ 13: „Das Patentamt hat seinen Sitz in Berlin. Es besteht aus mindestens drei ständigen Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, und aus nicht ständigen Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Kaiser, die übrigen Beamten vom Reichskanzler ernannt.“ Abg. Grothe beantragt hinzuzufügen: „Mindestens zwei von den ständigen Mitgliedern werden besonders für dies Amt angestellt und dürfen dasselbe nicht als Nebenamt bekleiden.“ Geh. Rath Nieberding bittet den Antrag abzulehnen. Er ist zwar der Ueberzeugung, daß die Regierung das neue Patentamt mit allen Garantien umgeben werde, welche es seinen Mitgliedern ermöglichen, ihr wichtiges Amt in einer für die öffentlichen Interessen erpfählichen Weise zu verwalten, aber er warnt davor, gleich beim Beginn eine Patentbureaucratie für geistlosen Formalismus zu schaffen. Zudem sei die Regierung augenblicklich faktisch außer Stande, dem Antrage zu entsprechen, da ihr weder eine Erfahrung über die Tüchtigkeit der anzustellenden Personen, noch ein Urtheil über den voraussichtlichen Geschäftsumfang des Patentamtes zustehe. Stimme das Haus prinzipiell dem Antrag Grothe zu, dann könne es ihn noch immer bei den künftigen Budgetberatungen zur Geltung bringen. In Rücksicht auf diese Erklärung zieht Abg. Grothe seinen Antrag zurück und § 13 wird unverändert genehmigt. — Die §§ 14 bis 21 werden angenommen.

§ 22 lautet nach der Regierungsvorlage: „Erachtet das Patentamt die Anmeldung für gebrüchig erfolgt und die Ertheilung eines Patentes nicht für ausgeschlossen, so verfügt es die Bekanntmachung der Anmeldung. Mit der Bekanntmachung treten für den Gegenstand der Anmeldung zu Gunsten des Patentinhabers einstweilen die gesetzlichen Wirkungen des Patentes ein.“ Erachtet das Patentamt die Erfindung nicht für neu und aus diesem Grunde die Ertheilung eines Patentes für ausgeschlossen, so setzt es hiervon den Patentinhaber in Kenntniß. Trägt dieser gleichwohl auf Fortsetzung des Verfahrens an, so erfolgt die Bekanntmachung der Anmeldung; jedoch tritt in diesem Falle zu Gunsten des Patentinhabers der in Absatz 1 bezeichnete Schutz nicht ein.“ Die Commission hat den zweiten Absatz gestrichen. Abg. Löwe beantragt dessen Wiederherstellung. Der Antrag Löwe wird abgelehnt und § 22 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen; ebenso ohne Debatte die §§ 23 bis 28.

Der von der Commission beantragte § 28 a handelt in seinem zweiten Absatz von dem Verfahren gegen den Patentinhaber, wenn derselbe, obwohl ihm eine angemessene Vergütung angeboten ist, dem Inhaber des Verbesserungs-patentes die Lizenz zur Mitbenutzung seines Hauptpatentes nicht geben will. Die betreffende Bestimmung lautet: „Die Entschädigung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Beteiligten. Der die Zurücknahme des Patents ansprechenden Entscheidung muß eine Androhung der Zurücknahme unter Angabe von Gründen und unter Festsetzung einer angemessenen Frist vorausgehen.“ Abg. Baer-Offenburg beantragt hierfür folgende Fassung: „Die Entschädigung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Beteiligten. Wird die Zurücknahme des Patentes auf Grund des

wohl sich weigert, diese Erlaubnis gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung zu ertheilen. Daß die Ertheilung der Erlaubnis im öffentlichen Interesse geboten sei, ist namentlich dann anzunehmen, wenn ein Patent für eine andere Erfindung erteilt ist, deren Benutzung von der Ertheilung der Erlaubnis abhängt. Hierzu beantragen die Abgg. Grothe und v. Kleist-Rekow, den zweiten Absatz der Nr. 2, nämlich die Worte: „Daß die Ertheilung — abhängig“ zu streichen. Ferner beantragen die Abgg. v. Kleist-Rekow und Strudmann, vor dem Worte „Erfindung“ einzuschalten: „wesentliche“ und folgenden Satz am Schluß hinzuzufügen: „Die Ertheilung der Erlaubnis kann jedoch in diesem Falle nur verlangt werden, wenn dem ersten Patentinhaber auf dessen Verlangen die sofortige Benutzung der letzteren Erfindung gegen angemessene Vergütung in gleicher Weise gewährt wird.“ — Abg. Grothe: Der letzte Absatz des Commissionsparagraphen ist viel zu weitgehend, denn nach demselben würde schon an und für sich jede neue Erfindung, welche zu einem patentierten Gegenstande gemacht wird, als das öffentliche Interesse berührend zu betrachten sein, und irgend ein Patentschwärmer, der sich in den Besitz eines werthvollen Patents setzen will, bringt eine kleine Veränderung an und wird in Folge dessen die Lizenz erhalten. — Abg. v. Kleist-Rekow: Der vorliegende Paragraph ist der wichtigste des ganzen Gesetzes. Die Regierungsvorlage ging entschieden zu weit, wenn sie einem Jeden die Lizenz nach einem gewissen Zeitraum ertheilte und somit das Hauptpatent völlig werthlos machte. Deshalb hat die Commission eine entschiedene Verbesserung getroffen, indem sie die Forderung stellte, daß die Lizenz im öffentlichen Interesse geboten sei. Aber in dem letzten Absatz hat sie einen Mißgriff gethan, indem sie eine Exemplification eintreten ließ. Eine solche widerspricht völlig einem allgemeinen Grundsatz in der Technik der Gelehrsamkeit, nach welchem jeder Satz so allgemein gefaßt werden muß, daß alle Fälle, auf die er sich beziehen soll, im Einzelnen in ihm enthalten sind. Wenn Sie jene Exemplification annehmen, so stellen Sie den zweiten Patentinhaber viel besser als den ersten, wenn Sie jenen Absatz annehmen. — Ministerialdirector Jacobi spricht sich ebenfalls gegen den letzten Satz des Commissionsvorschlages. — Abg. Strudmann: Ich stimme vollständig mit dem Grundsatz überein, nach welchem die Gelehrsamkeit keine Exemplification zuläßt, aber ich glaube, daß es sich hier weniger um eine Exemplification als um eine Begriffsdefinition der Verbesserungspatente handelt. Einem Mißbrauch wird nach meiner Auffassung durch die Einschaltung des Wortes „wesentlich“ in dem streitigen Absatz vorgebeugt. — Abg. Lasker: Es handelt sich hier eigentlich nicht um eine Exemplification, sondern um eine Anweisung an das Patentamt, daß in diesem Fall ein öffentliches Interesse anzunehmen sei. Es ist durchaus nicht immer richtig, daß die ursprüngliche Erfindung die wichtigste sei, sondern sie kann oft erst durch eine Verbesserung ihren eigentlichen Werth erhalten; ich hätte deshalb die Zeitdauer für die Zurücknahme des Patents sogar gern noch länger gestellt, jedenfalls empfehle ich Ihnen, am letzten Absatz der Commissionsfassung festzuhalten. — Ref. Abg. Hammacher empfiehlt die Vorlage der Commission. — § 11 wird hierauf mit Ausnahme des Absatzes 2 der Nummer 2 angenommen. § 12 wird ohne Debatte genehmigt.

§ 13: „Das Patentamt hat seinen Sitz in Berlin. Es besteht aus mindestens drei ständigen Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, und aus nicht ständigen Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Kaiser, die übrigen Beamten vom Reichskanzler ernannt.“ Abg. Grothe beantragt hinzuzufügen: „Mindestens zwei von den ständigen Mitgliedern werden besonders für dies Amt angestellt und dürfen dasselbe nicht als Nebenamt bekleiden.“ Geh. Rath Nieberding bittet den Antrag abzulehnen. Er ist zwar der Ueberzeugung, daß die Regierung das neue Patentamt mit allen Garantien umgeben werde, welche es seinen Mitgliedern ermöglichen, ihr wichtiges Amt in einer für die öffentlichen Interessen erpfählichen Weise zu verwalten, aber er warnt davor, gleich beim Beginn eine Patentbureaucratie für geistlosen Formalismus zu schaffen. Zudem sei die Regierung augenblicklich faktisch außer Stande, dem Antrage zu entsprechen, da ihr weder eine Erfahrung über die Tüchtigkeit der anzustellenden Personen, noch ein Urtheil über den voraussichtlichen Geschäftsumfang des Patentamtes zustehe. Stimme das Haus prinzipiell dem Antrag Grothe zu, dann könne es ihn noch immer bei den künftigen Budgetberatungen zur Geltung bringen. In Rücksicht auf diese Erklärung zieht Abg. Grothe seinen Antrag zurück und § 13 wird unverändert genehmigt. — Die §§ 14 bis 21 werden angenommen.

§ 22 lautet nach der Regierungsvorlage: „Erachtet das Patentamt die Anmeldung für gebrüchig erfolgt und die Ertheilung eines Patentes nicht für ausgeschlossen, so verfügt es die Bekanntmachung der Anmeldung. Mit der Bekanntmachung treten für den Gegenstand der Anmeldung zu Gunsten des Patentinhabers einstweilen die gesetzlichen Wirkungen des Patentes ein.“ Erachtet das Patentamt die Erfindung nicht für neu und aus diesem Grunde die Ertheilung eines Patentes für ausgeschlossen, so setzt es hiervon den Patentinhaber in Kenntniß. Trägt dieser gleichwohl auf Fortsetzung des Verfahrens an, so erfolgt die Bekanntmachung der Anmeldung; jedoch tritt in diesem Falle zu Gunsten des Patentinhabers der in Absatz 1 bezeichnete Schutz nicht ein.“ Die Commission hat den zweiten Absatz gestrichen. Abg. Löwe beantragt dessen Wiederherstellung. Der Antrag Löwe wird abgelehnt und § 22 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen; ebenso ohne Debatte die §§ 23 bis 28.

Der von der Commission beantragte § 28 a handelt in seinem zweiten Absatz von dem Verfahren gegen den Patentinhaber, wenn derselbe, obwohl ihm eine angemessene Vergütung angeboten ist, dem Inhaber des Verbesserungs-patentes die Lizenz zur Mitbenutzung seines Hauptpatentes nicht geben will. Die betreffende Bestimmung lautet: „Die Entschädigung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Beteiligten. Der die Zurücknahme des Patents ansprechenden Entscheidung muß eine Androhung der Zurücknahme unter Angabe von Gründen und unter Festsetzung einer angemessenen Frist vorausgehen.“ Abg. Baer-Offenburg beantragt hierfür folgende Fassung: „Die Entschädigung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Beteiligten. Wird die Zurücknahme des Patentes auf Grund des

§ 11 Biffer 2 beantragte, so muß der diesem Antrag entsprechende Entscheidung eine Androhung der Zurücknahme unter Angabe von Gründen und unter Festsetzung einer angemessenen Frist vorausgehen etc. — Der Antragsteller charakterisirt seinen Antrag nicht als einen den Commissionsbeschlüssen entgegenstehenden oder auch nur erweiternden, sondern als einen dieselben der ursprünglichen und eigentlichen Absicht der Commission gemäß restringirenden und präcisirenden. — Geh. Rath Hagen bittet den Antrag als eine Beschränkung der Commissionsbeschlüsse abzulehnen. Der Antrag Baer und mit demselben § 28 a wird angenommen, ebenso ohne Debatte unverändert nach den Commissionsbeschlüssen die §§ 28 b bis 33.

Abg. Grothe beantragte folgenden neuen § 33 a: „Dem Patentinhaber steht es frei, den nach seinem Patent ausgeführten Gegenstand, dessen Verpachtung etc. den Vermerk der Patenturkunde beizufügen. Dieser Vermerk muß jedoch die Bezeichnung „Deutsches Patent“ enthalten.“ Im § 34 will er Zuwiderhandeln mit einer Geldstrafe bis 150 Mk. oder Haft belegen. — Der Antragsteller weist darauf hin, daß deutsche Erzeugnisse häufig nicht nur nicht als solche, sondern häufig direct als französische und englische bezeichnet würden. Das Interesse der deutschen Industrie und die nationale Ehre gebieten, dem vorzubeugen, namentlich wenn das Produkt in Deutschland patentirt sei. Auch würde durch die Bestimmung der ausländische Patentinhaber gehindert, seine Waaren nach Deutschland zu importieren, ohne sich den Bestimmungen des Patentgesetzes zu unterwerfen. — Geh. Rath Hieberding ist gegen den Antrag, weil er über das beabsichtigte Ziel hinausgehe, eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung der industriellen Freiheit und eine nicht berechtigte Ausdehnung des Criminalrechts mit sich bringe. — Der Antrag wird abgelehnt, § 34 wird unverändert angenommen. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

Außerdem beantragte die Commission: „den Reichszentraler aufzufordern: 1) die Herstellung eines deutschen Museums für die Aufstellung von Modellen und anderen Darstellungen neuer Erfindungen in Erwägung zu ziehen, und 2) die etwaigen Ueberschüsse der Patentamts-Verwaltung für die Zwecke eines solchen Museums anzunehmen, jedenfalls nur im Interesse der Förderung und Ausbarmachung nützlicher neuer Erfindungen zu verwenden.“ — Abg. Richter (Hagen). Ich halte es nicht richtig, bei unserer gegenwärtigen Finanzlage das Reich so kurzer Hand für die Einrichtung eines Deutschen Gewerbe-Museums zu engagieren, namentlich da ein sehr umfassendes preussisches Museum bereits im Bau begriffen ist. Andererseits wollen wir doch erst einmal abwarten, ob sich überhaupt Ueberschüsse der Patentamts-Verwaltung herausfinden. Erheblich werden dieselben gewiß nicht sein. Es widerspricht überhaupt allen Grundsätzen unserer Finanzverwaltung, bestimmte Einnahmen zu bestimmten Ausgaben von vornherein zu vincuuliren. Wenn das Reich für die Förderung der Erfindungen etwas zu thun beabsichtigt, so wird voraussichtlich eine viel größere Summe dazu erforderlich sein, als sie diese Ueberschüsse ergeben. Das wird aber Gegenstand einer späteren Sorge sein und es liegt nicht der geringste Grund vor, uns heute in dieser Beziehung zu binden. — Die von der Commission beantragte Resolution wird hierauf abgelehnt.

Schließlich beantragte Abg. Grothe, in Erwägung, daß durch die Einsetzung des Patentamtes auch für die verwandten Musterrechts- und Markenrechte eine entsprechende Centralstelle geschaffen wird, die Reichsregierung aufzufordern, in der nächsten Session des Reichstages eine Gesetzesvorlage einzubringen, betreffend die Umänderung derjenigen Paragraphen der Musterrechts- und Markenrechte, welche über die zur Anmeldungsaufnahme und Eintragung befugte Behörde handeln, als welche demnach das Patentamt einzusetzen und zu bezeichnen ist.“ — Abg. Struermann bittet den Antrag abzulehnen; die Centralisirung des Marken- und Musterrechts würde die Handhabung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen nur erschweren, und das Patentgesetz unpopulär machen. Der Marken- und Markenrecht muß lokalisiert bleiben, wie er es jetzt ist. Geh. Rath Hieberding spricht sich aus denselben Gründen gegen den Antrag aus, den der Antragsteller darauf zurückzieht.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Saarg, 2. Mai.

Ein deutscher Kaiser hat gestern zum ersten Male wieder seit Jahrhunderten die deutsche Stadt Straßburg, die „Wunderschöne“, nach langer Trennung wieder schwer Errungene betreten. Der officiöse Telegraph meldet, daß der Kaiser mit Enthusiasmus empfangen sei. Vielleicht müssen wir ergänzen, daß der Empfang von „einem Theile“ der Bevölkerung ein enthusiastischer gewesen und daß er bei diesem aus von Herzen gekommen; denn neben den Franzosen wird sich wahrscheinlich noch ein guter Theil der Alt-Straßburger von dem Empfang fernhalten. Immerhin hat, wie die letzten Reichstagswahlen bewiesen haben, das Gefühl des Deutschthums in den Reichslanden bereits so große Fortschritte gemacht, wie wir sie noch vor einem Jahre erst in einem Menschenalter zu erreichen hoffen durften. Hoffentlich wird das Erscheinen des greisen Kaisers dazu beitragen, daß der Umschwung um so schneller sich vollzieht; ist doch des Kaisers ganze Persönlichkeit besonders dazu geeignet. In der ersten Hälfte der Sechziger Jahre waren die hiesigen Schwaben gegen das ganze Preußenthum eingekehrt; bei einer Durchreise König Wilhelm's durch das Schwabenland riefen jedoch die ihm aus Reue gekommene „Das ist ja gar kein Preuß“, das ist ein deutscher Held!“

Im Reichstage hoffte man in den letzten Tagen, daß der Schluß der Session noch im Laufe dieser Woche, vielleicht schon morgen oder übermorgen, stattfinden könne. Nun wird er noch in letzter Stunde mit einer Reihe von Vorlagen überschüttet (siehe Δ-Berlin), außerdem sollen noch Anträge aus dem Hause erörtert werden, von denen der über den Eisenbahntarif für Spiritusendungen eine längere Discussion erwarten läßt. Das macht es wieder wahrscheinlich, daß der Reichstag bis in die künftige Woche hinein tagen muß.

Das neueste Flugblatt des Wahlvereins deutscher Conservativen klagt über die Verfeinerungssucht, welche zwischen den einzelnen Parteien eingerissen sei und das politische Leben vergiftet habe. Es bezeichnet es als eins der Ziele, welche sich die deutschconservative Partei gesteckt, diesen krankhaften und schädlichen Zustand zu beseitigen. „Da, wo wir die conservativen Grundsätze gegenüber dem Liberalismus zu vertreten haben, werden wir nicht vergessen, daß uns von den Liberalen zwar verschiedene Ansichten über dasjenige trennen, was für unser öffentliches Leben nützlich und notwendig ist, daß wir aber doch beiderseits nach bestem Wissen für das Wohl von Reich und Volk arbeiten und sonach auf demselben Boden patriotischer Gesinnung stehen.“ Wirklich so steht es zu lesen in dem officiellen Manifest der deutschconservativen Partei. Die Ausführung die-

ses edlen Vorhabens beobachten wir tagtäglich in der „Kreuzzeitung“ und der „Norddeutschen Allgem. Zeitung.“ Keine Fälschung und Entstellung wird in derselben gescheut, um die liberale Partei in den Augen des Volkes herabzusetzen, ja die „N. A. Z.“ sagt es offen heraus, daß das Volk in den Reihen der Liberalen „aufrichtige“ Freunde nicht zu finden habe. Als Beweis hierfür müssen, wie bekannt, die Vorgänge in der Gewerbeordnungscommission dienen. Daß ihnen dabei die jesuitische Verdrehung der Thatfachen auf Schritt und Tritt nachgewiesen werden kann, scheint diese begeisterten Kämpfer des Deutschconservatismus wenig zu kümmern. So behauptet die „N. A. Z.“, daß die liberalen Commissionsmitglieder durch ihren Beschluß, zunächst die Petitionen zu behandeln, die Berichterstattung im Plenum verzögert hätten. In Wahrheit wurde seitens der Liberalen in der Commission ausdrücklich erklärt, daß es durchaus in ihrem Interesse liege, das frühere Votum der Commission über die fünf Anträge dem Plenum zur Bekätigung zu unterbreiten, da es kein Zweifel sei, daß gegenwärtig auch die aus Freiconservativen, Nationalliberalen und Fortschrittspartei bestehende Mehrheit des Hauses dies Votum zu dem ihrigen machen würde. Nur mit Rücksicht auf die Geschäftslage, die allerdings eine abermalige Plenarberatung über den Gegenstand kaum noch gestattet, gaben sie den Wünschen des Grafen Lutzburg nach, zuvörderst die Petitionen zu erledigen und dann erst Bericht an das Haus zu erstatten. Die Deutschconservativen hüteten sich auch sehr wohl, diesem Wunsche zu widersprechen. Sie waren sehr zufrieden, daß das Fiasko, welches die ultramontan-conservative Coalition in der Commission erlitten, nicht auch noch im Reichstage öffentlich constatirt werde. Diese Darstellung des wirklichen Sachverhalts mag zeigen, auf welcher Seite man in Wahrheit den von dem erwähnten Flugblatt beklagten „Unmuth“ zu suchen hat, der, es immer noch nicht über sich gewinnen kann, die Thatfachen einfach und loyal anzuerkennen, statt sich in Verdächtigungen und Schmähungen zu ergen.

England hat seine Neutralität in dem Kriege proclamirt, den zu verhindern ihm sehr leicht gewesen wäre. Möglich ist es, daß Rußland nicht als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, daß es sich an der Balkanhalbinsel in einer langen Reihe von Kämpfen verblutet, wie Deutschland Jahrhunderte an den Bestrebungen geblutet hat, die Herrschaft auf der apenninischen Halbinsel zu erringen. Eine Niederlage würde überhaupt die antistaatlichen Elemente in Rußland, welche durchaus nicht zu unterschätzen sind, entfesseln, die Existenzbedingungen des ganzen großen Reiches könnten für längere Zeit in Frage gestellt werden. England wäre natürlich ein solcher Fall am liebsten. Sollte — wie zu erwarten — Rußland siegreich sein, so wäre auf Englands stricte Neutralität durchaus nicht zu rechnen. Wie wir schon einmal hervor gehoben, würden mit jeder Meile, der sich die Russen dem Bosphorus nähern, die antirussischen Stimmen mit größerer Stärke erwachen, und England würde sich befehlen, sich seinen Anteil von der Beute zu sichern, zunächst Aegypten, vielleicht auch Kreta. Im Falle größerer türkischer Niederlagen wird auch Griechenland in Epirus und Thessalien einrücken, und in diesem Falle würde England wahrscheinlich wieder die jonischen Inseln besetzen.

Schon der gräßliche Unglücksfall, der, wie uns oben telegraphisch gemeldet wird, einen englischen Dampfer betroffen und wobei die russischen Torpedos die erste schreckliche Probe ihrer Tüchtigkeit abgelegt, muß in England böses Blut machen. Er passirte am Eingange des Hafens von Kertsch, an der Straße, welche das Schwarze und Asowsche Meer mit einander verbindet. Die russische Depesche entschuldigt sich damit, daß das Schiff nicht die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es hat dieselben einfach nicht getroffen, weil es sie unmöglich kennen konnte. Denn die betreffende Bekanntmachung ist erst vom 27. April datirt, und sie wird erst heute hier bekannt. Die auf See befindlichen Schiffe konnten um so weniger derartige Maßregeln vermuten, da diese ein Novum im internationalen Recht sind, wenn auch vielleicht ein sich für den Kriegsfall nothwendig aus dem Torpedo-System entwickeltes Recht. Die Bekanntmachung verfügt, um die zwischen den Torpedos freie Straße geheim zu halten, daß das Ein- und Auslaufen der Schiffe in die Häfen von Odessa, in den Liman des Dnjepr und in den des Bug, in die Meerenge von Kertsch und in den Golf von Sebastopol nur unter den folgenden Bedingungen erlaubt ist: 1) die von auswärts kommenden Schiffe haben jenseits der Torpedos zu halten und zu warten, bis sie von einem russischen Offizier abgeholt werden, welcher die Führung des Schiffs übernimmt, nachdem er sich von der Regelmäßigkeit der Schiffsaperturen überzeugt hat; 2) die Capitäne müssen sich schriftlich verpflichten, daß während des Passirens der zwischen den Torpedos befindlichen freien Straße weder sie, noch Mannschaften, noch Passagiere, die sich auf Deck befinden, oder durch die Lüken oder Stützporten den Lauf der Schiffe verfolgen; 3) daselbe bezieht sich auf alle Handelschiffe; 4) falls sich ein feindlicher Kreuzer an Stellen befindet, von welchen der Ein- und Ausgang der Schiffe zu beobachten ist, wird den Handelschiffen das Ein- oder Auslaufen absolut untersagt.

Die russische Armee wird von Allen, die sie in Rumänien gesehen haben, als im Großen und Ganzen recht tüchtig geschilbert, und sie erhält eine strenge Disciplin aufrecht. Selbst die russenfeindliche Presse läßt sich aus Braila schreiben: Die russische Armee, namentlich die Kosaken, sieht sehr gut aus; es ist kein Zweifel, daß zwischen der Armee vom Jahre 1854, wie sie unsere Väter gesehen, und der gegenwärtigen ein großer Unterschied besteht; die Pferde der Kosaken, besonders der Artillerie, sind prächtig. Das Auftreten der Russen ist augenscheinlich darauf berechnet, sich die Sympathien der Rumänen zu erwerben; sie bezahlen wenigstens vorläufig Alles baar, und das rumänische Volk ist viel zu gedrückt, als daß es die Demüthigung, welche ihm durch die Invasion bereitet wird, fühlen würde.

Von der türkischen Armee schreibt man dagegen der „Presse“ aus Kustschuk: „Wer nur halbwegs Gelegenheit hatte, türkische Truppen, namentlich aber ihre Offiziere zu beobachten, wer

ferner weiß, daß nicht einmal genug Material vorhanden ist, die Donau auch nur zum vierten Theil zu überbrücken, kann unmöglich an das Märcchen einer Befestigung Rumäniens durch die Türkei glauben, denn es wäre der tollste Uebermuth einer türkischen Armee, eine Stellung mit der Donau im Rücken, gegen einen überlegenen Feind einnehmen zu wollen.“

Deutschland.

Δ Berlin, 1. Mai. Kurz vor dem Sessionsschluß gehen dem Reichstage noch einige Gesetze zu, die, wenn auch wenig umfangreich, so doch bezüglich ihrer Bedeutung für die Regierung und zwar in allernächster Zeit, von besonderem Belang sind. Dieselben betreffen, außer der mehrerwähnten Eisenbahn von Tetergen nach Bouß, die Einrichtung des durch das Patentgesetz hervorgerufenen Patentamtes, bezüglich dessen ein Nachtrag zu dem Etat des Reichskanzleramtes erforderlich wird; ferner einen Entwurf wegen Vertheilung der Matricularbeiträge und endlich eine wegen Controle des Reichshaushaltsbeiraths durch die preussische Ober-Rechnungskammer als Rechnungshof des deutschen Reiches. Diese letzteren beiden Gegenstände beschäftigen heute die zuständigen Ausschüsse des Bundesrathes, und werden in einer unmittelbar bevorstehenden Plenar Sitzung des letzteren festgestellt werden. Hierdurch ist nun die Wahrscheinlichkeit nahe gerückt, den Reichstag erst in der künftigen Woche schließen zu können. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Session erst am 9. d. M. schließt. Seitens der verschiedenen Fraktionsvorstände ist eine Aufforderung an die Mitglieder ergangen, so lange wie irgend möglich an den Sitzungen Theil zu nehmen und die Beschlußfähigkeit des Reichstages nicht in Frage zu stellen.

Der General-Feldmarschall Graf v. Moltke hat sich gestern in Begleitung des Obersten de Glaer, 1. Adjutanten des Chefs des Generalstabes der Armee, nach Straßburg begeben, um den Kaiser auf seiner Reise in Elsaß-Lothringen zu begleiten.

Dem Bundesrath ist die Berechnung der nach dem Reichshaushalts-Etat für 1877/78 zur Dedung der Gesamtausgabe aufzubringenden Matricular-Beiträge (81 044 171 Mk.) vorgelegt worden. Auf Preußen treffen hiervon 36 375 264 Mk., (4 571 775 Mk. mehr als nach dem Etat 1876), auf Baiern 19 173 313 Mk. (+ 3 638 389 Mk.).

Der Abg. Franz Dunder hat, wie die „Volksztg.“ mittheilt, gestern auch sein Mandat für das preussische Abgeordnetenhaus (wie für den Reichstag) niedergelegt. Die „Volksztg.“ bemerkt zur Erläuterung: „Veranlaßt zu diesem Schritte haben ihn Franz Dunder lediglich schwere geschäftliche Sorgen, welche bereits in den letzten Jahren seine Thätigkeit als Volksvertreter beeinträchtigt und es ihm gegenwärtig angemessen erscheinen lassen, seine Mandate in die Hände seiner Wähler zurückzugeben.“ Gleichzeitig ist der Verlag der „Volkszeitung“ in andere Hände übergegangen; die Nummer vom 1. Mai enthält die Angabe „Druck und Verlag der Volkszeitung Emil Schilde.“

Die Ausprägung der Reichs-Silbermünzen naht sich allmählich ihrem Ende. Da gesetzlich höchstens für 427 273 600 Mark (der Höchstbetrag im Art. 4 des Reichsmünzgesetzes auf 17 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, welche nach der jüngsten Zählung 42 727 360 beträgt, festgestellt) Silbermünzen geprägt werden dürfen, bis Ende März aber 393 973 414 Mk. geprägt waren, so bleiben nur noch für 31 Millionen auszuprägen.

Stuttgart, 1. Mai. Die Ständekammern sind zum 15. d. M. einberufen worden. (W. Z.)

Mex, 27. April. Seit gestern befindet sich die sonst so ruhige deutsche Bevölkerung unserer Stadt in einer ungewohnten Aufregung. Dieselbe ist veranlaßt durch einen vorgestern Abend gefassten Beschluß des hiesigen Gemeinderaths, durch welchen ein Antrag des Bürgermeisters-Verwalters auf Bewilligung eines Credits von 4000 Mk. für Empfangsfestlichkeiten bei der bevorstehenden Ankunft unseres Kaisers einstimmig abgelehnt wurde. Diese Summe stand früher im städtischen Budget für Festlichkeiten am Napoleonstage. Ein provisorisches Comité hat nun die loyal gesinnten Bewohner von Mex auf Morgen Abend zusammenberufen, um Stellung gegenüber dem Beschluß des Gemeinderaths zu nehmen und die Mittel für die beabsichtigten Festlichkeiten (Illumination des Stadthauses u. s. w.) durch freiwillige Beiträge zusammenzubringen. Daß das Letztere gelingen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. April. Eine Anzahl Mitglieder des Fortschrittsklubs trat heute zur Bildung eines neuen Klubs unter dem Namen „Neuer Fortschritts-Club“ zusammen. Dieser neue Fortschrittsklub wird das Programm und die Grundsätze des alten Klubs beibehalten. Aus letzterem sind die Mitglieder des neu gebildeten Klubs nicht in Folge einer Aenderung der politischen Grundsätze ausgetreten, sondern nur, weil der neue Klub nicht mit dem wegen übereinstimmte, welche die Majorität des alten Klubs bei der Ausführung des Programmes eingeschlagen hatte. (W. Z.)

Schweiz.

Bern, 1. Mai. Der Bundesrath hat die auswärtigen Regierungen zur Theilnahme an dem internationalen Congress für Heilwissenschaften in Genf eingeladen. (W. Z.)

Frankreich.

Versailles, 30. April. Die Linke beabsichtigt morgen eine Interpellation einzubringen über die clericalen Untriebe, welche das Land beunruhigen. Die Linke wird beantragen, die Beantwortung der Interpellation auf Donnerstag festzusetzen. (W. Z.)

1. Mai. Das heute vertheilte Gelbbuch umfaßt auf 530 Seiten ausschließlich Actenstücke, welche sich auf die orientalische Frage beziehen. Sammelliche Depeschen des Herzogs Decazes bezeugen den lebhaftesten Wunsch der französischen Regierung, in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten den Frieden zu erhalten. Eine Circularnote vom 25. April bedauert, daß die Pforte das Protokoll, welches ihr noch ein ehrenhaftes Mittel an die Hand gab, die abschwebenden Schwierigkeiten friedlich zu lösen, zurückgewiesen habe. Weiter heißt es dann in diesem Actenstück: „Nachdem so viel Anstrengungen gemacht sind, die Entwidlung, welche jetzt Platz gegriffen hat, zu verhindern, haben wir nur noch unseren festen Willen, den gegen-

wärtigen Verwicklungen fern zu bleiben, auszusprechen. Wollen Sie also laut und bestimmt erklären, daß die Politik Frankreichs darin bestehen wird, die absoluteste Neutralität, gewährleistet durch die gewissenhafteste Zurückhaltung, zu bewahren. Der einstimmige Wunsch des Landes und seiner Vertreter, unsere Entfernung vom Kriegsschauplatz und endlich die Natur unserer wesentlichsten Interessen — alles dieses trägt dazu bei, uns eine derartige Haltung aufzuerlegen; wir werden dieselbe nur an dem Tage ändern, wo neu eintretende Umstände es gestatten würden, in einer gemeinsamen Action Europas die Rückkehr des Friedens vorzubereiten und zu erleichtern.“ (W. Z.)

Belgien.

Brüssel, 30. April. Sitzung des Senats. Kaiser sprach sein Bedauern aus über die von dem Minister des Auswärtigen, Grafen Aspremont-Lynden, in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 20. April abgegebene Erklärung gegenüber der Petition der Bischöfe, betreffend die Lage des Papstes. Seitens der Regierung wurde darauf auf das Bestimmteste vertheidigt, daß sie in keiner Weise in Angelegenheiten des Papstes interveniren werde. (W. Z.)

Italien.

Rom, 27. April. Ein oberitalienisches Blatt, „La Provincia di Brescia“, bringt die Sensationsnachricht, daß der Vatican nach dem Tode Pius IX. der katholischen und diplomatischen Welt erklären werde, der heilige Stuhl sei vacant, er werde nicht wieder besetzt werden, es solle ein Interregnum eintreten! Wenn die katholischen Mächte nach dem Grunde der Suspension fragen sollten, so würden drei gewählte Cardinale ein Triumvirat bilden, das wie früher die Leitung der Kirche während einer Vacanz zu übernehmen befugt sei, und den Mächten antworten, daß dieselben Gründe, welche der Fortsetzung des allgemeinen Concils hindernd entgegen standen, der Curie es unmöglich machten, den Wünschen der katholischen Bevölkerungen zu genügen. Die Anwesenheit einer feindlichen, durch die Gewalt der Waffen herrschenden Regierung in Rom, unter deren Augen das Conclave abgehalten werden müßte, die feindliche Haltung, welche die Regierung direct oder indirect durch Straßentumulte bei dieser feierlichen Veranstaltung annehmen könnte, sei das Hinderniß das jeden Versuch, einen neuen Papst zu wählen, unmöglich mache. Wenn die fremden Mächte einwenden würden, daß im Interesse ihrer Völker der Kirche das sichtbare Haupt nicht fehlen dürfe, so würde man ihnen antworten, sie möchten dem Vatican Freiheit und Macht wiederverstatten, welche ihm fehlten, so lange die italienische Regierung in Rom sei. Das Brescianer Blatt versichert, daß es diese Nachricht aus zuverlässiger Quelle erhalten habe; ob sie dadurch glaubwürdiger wird, ist eine andere Frage. — Die Zeitung von Mantua erzählt, daß man in Pietole, dem Geburtsort Bergis, eine antike Bronze-Vase mit einem sehr schön geformten Vasrelief aufgefunden hat, welches Aeneas mit seinem Vater Anchises und seinem Sohne Ascanius auf der Flucht darstellt.

30 April. Senat. Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Mißbräuche der Geistlichkeit. Borgatti zeigt an, daß er ein Amendement zu Art. 1 des Entwurfs einbringen werde. Derselbe spricht gegen den Entwurf. Amendement hervor, der Papst habe in seiner Allocation an die Intervention fremder Mächte appellirt, der italienische Clerus sei jedoch weniger als der fremde geneigt, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Corunziara erklärt, das Gesetz sei zwar amendierungsfähig, indeß empfehle es sich, dasselbe nach der Vorlage anzunehmen. Caricciolo sucht darzuthun, daß der Gesetzentwurf mit den Garantiegesetzen nicht im Widerspruch stehe.

England.

London, 30. April. Unterhaus. Der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Bourke, erklärte auf eine Anfrage des Deputirten Campbell, die Pforte habe von dem Khedive Hilfe verlangt. Dieser habe solche zugesagt und ein Contingent unter dem Befehle des Prinzen Haffan gestellt. Gleichzeitig habe der Khedive versprochen, daß die den Gläubigern verpfändeten Revenuen nicht angetastet werden sollen. Der Khedive wolle seinen Verpflichtungen nachkommen, die der Pforte zu leisten die Hilfe werde von den Beiträgen bestritten werden, welche er zu diesem Zwecke erhalten werde. — Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, erwiderte auf eine Anfrage Hartington, die Königin habe heute die Neutralitätsproclamation unterzeichnet. — Gladstone theilte den Text von 5 eingebrachten Resolutionen mit. Darunter eine Klage über die Haltung der Pforte, gegenüber den Graufameiten in Bulgarien. In der Resolution wird ausgeführt, daß die Pforte, so lange als keine Aenderung ihrer Haltung eintrete, das moralische und materielle Recht verloren habe auf eine Unterstützung durch den Einfluß Englands. England habe seinen Einfluß aufgewandt einmal für die Entwidlung der Freiheit und der lokalen Selbstregierung der aufständischen türkischen Provinzen, und sodann um der Unterdrückung derselben ein Ende zu machen, ohne sie dabei unter irgend welche Autorität der fremden Mächte zu stellen. England fordere von der türkischen Regierung solche Aenderungen, welche im Interesse der Humanität und der Gerechtigkeit, wie auch zur Sicherung des Weltfriedens wünschenswerth seien. Northcote setzte die Berathung der Resolutionen auf Montag fest. Lubbock (liberal) wird der Resolution durch den Antrag, die Vorfrage zu stellen, entgegentreten.

London, 1. Mai. Heute findet ein Cabinetsconfeil statt. — Eine Versammlung der liberalen Deputirten unter dem Vorsitze Hartington's hat sich gegen die Resolutionen Gladstone's als inopportun ausgesprochen. — In Liverpool findet gegenwärtig eine Besichtigung der zum Transporte von Truppen im Kriegsfalle bestimmten Schiffe durch einen Offizier der Truppentransport-Verwaltung statt. (W. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 28. April. Aus allen Gegenden Dänemarks laufen fortwährend Vertrauens-Adressen an das Ministerium und Localitätsadressen an den König ein. In der Regel geht die Hauptstadt an der Spitze, wenn conservative Meinungen ausgesprochen werden; aber diesmal war es umgekehrt; Kopenhagen folgte dem Beispiele der Provinzen. Ja, die Wortführer der öffentlichen Meinung in der Hauptstadt zögerten

Meteorologische Beobachtungen.				
Tag	Stunde	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
1	4	336,48	+ 5,3	N., frisch, klar.
2	8	337,61	+ 3,4	NW., leicht, hell u. wolfig
	12	337,48	+ 7,0	NNW., böig, „ „

Heute, Vormittags 11 Uhr, wurde meine Frau von einer Tochter glücklich entbunden.
Stutthof, den 2. Mai 1877.
5471) August Dzaad.

Heute 5 Uhr Morgens entschlief sanft nach langem Leiden meine geliebte Frau Marie geb. Kröcker im eben vollendeten 42sten Lebensjahre. Diese traurige Nachricht allen Verwandten und Bekannten.
5458) August Martins.

Heute starb nach kurzem Leiden der Lehrer Julius Kuhl.
Schwintsch, den 1. Mai 1877.
5468) Der Gutsbesitzer.

Dampfer-Verbindung
Danzig—Stettin.

Dampfer „Krethmann“, Capt. Scherlau, geht Ende dieser Woche von hier nach Stettin.
5421) Güter-Anmeldungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe.

Karten
von der Europäischen Türkei und von Rußland

von Handtke, Klepport, Petermann u. A.

in großer Auswahl vorrätig bei

Th. Anuth, Buchhandlung, Langenmarkt No. 10. (5351)

Segelschiff-Gelegenheit

Havre-Danzig.

In Havre ladet: A. L. „Cornelia Abrahama“, Capt. Stuur,

und segelt am 10. Mai er. Güteranmeldungen erbitten

Gro. Duménil-Leblé, Havre,

F. G. Reinhold, Danzig.

Visitenkarten

100 Stück weiß Glacé für 1.50, 100 do. gelb Carton 1.75, elegant lithographirt, liefert gegen Einsendung des Betrages franco

Herm. Lau, 74. Langgasse 74. (5443)

Türkische Pflanzenmoss, Türkische Pflanzen,

pro Pfund 30 Pfg., bei Mehrabnahme billiger, empfiehlt Julius Tetzlaff. (5444)

Türkische Pflaumen, Pflaumenkreide,

Magdeburger Sauerkohl empfiehlt billigst

A. v. Zynda, Hundeg. 119.

Täglich frische feinste

Tafelbutter

à Pfd. 1 M. 30 Pf. u. 1 M. 20 Pf. empfiehlt

A. v. Zynda, Hundeg. 119.

Berliner Malz-Kümmel

in 1/4-Quart-Flaschen empfiehlt billigst

Ed. Unruh, Fleischergasse No. 87. (5467)

Mein Atelier

zur Anfertigung von Damen- und Kinder-Garderoben, sowie Puz

erlaube mir bei eleganter Ausführung und billigster Preisnotierung in Erinnerung zu bringen. (5447)

Bertha Castner, Langgasse No. 15, erste Etage.

Hoggen-Getreide, Weizen-Mehl, Roggen- und Weizen-Griesmehl empfiehlt

Adolph Zimmermann, Holzmarkt No. 23. (5436)

Ganffschlänche, roh, do. mit Gerbfäure getränkt und gummiert

Gummischlänche mit 2, 3 und 4 Einlagen empfiehlt

E. Wagner, Vorstadt. Graben No. 31.

Bier-Apparate

(Koll's Patent) offerire mir zu räumen zu 30 M. pro Stück. Emil A. Baus, 5457) Gr. Berbergasse No. 7.

Im Möbelmagazin Kohlenmarkt 12 sind neue Cassejensen mit Blüsch, Nips- und Damastbezügen, Schlafsofas von 15 Thlr. an, Sophas von 5 Thlr. an, Kleider-, Gallerie- u. Stageschänke, mahag. und birch. Stühle, birkene Bettgestelle mit Feder- und Federholz, Spiegel, polirt. Kinderbettgestelle zu verkaufen. (5427)

Oberhemden
in neuesten Mustern hält auf Lager und fertigt auf Bestellung unter Garantie des Gutes.
Kragen, Manschetten, Shlipse
in größter Auswahl.

S. Hirschwald & Co.,

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik,

15. Bollwegergasse 15. (5267)

Sonnenschirme
in großer Auswahl empfiehlt zu billigsten Preisen (5287)

Julius Konicki.

Durch billige und große Einkäufe auf der Leipziger Messe verkaufe ich

Nouveautés

in Kleiderstoffen

mindestens 50% unter Fabrikpreisen.

B. Schwarz,

in Nr. Stargardt. (5078)

Durch gewonnenen Raum und zur Vergrößerung meines Geschäftes, habe ich neben meinem in allen Theilen completen Militär-Effekten-Lager eine elegante Auswahl Civilstoffe für feinere Herren-Garderobe angelegt, welche ich bei guter Ausführung und soliden Preisen hiermit bestens empfehle.

Danzig, im April 1877.

L. Lithander, Hundegasse No. 15.

F. Niese Nachfolger,

Tapeten- und Teppich-Handlung

empfehlen ihr bestsortirtes Lager in

Tapeten, Borden und Teppichen.

Den Restbestand des übernommenen Lagers geben wir, um zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise ab.

64. Lauggasse 64.

Borräthig bei A. Trosien, Peterstrassengasse 6:

Albrecht u. Bierow, Lehrbuch der Navigation geb. 5 M. Annette Frein von Droste-Hülshoff, nachgelassene Blätter (5.50 M.) 2 M. Baptist, Wiley Moore, Geschichte aus Irlands Gegenwart für katholische Leser, 1.50 M. Baumschmidt, der Baumschmidtismus (5 M.) 2 M. Breslauer Sonntagsblatt 1.—6. Jahrgang, geb. 15 M. Brockhaus, kleineres Conversations-Lexikon in 4 Bden., 2. Aufl., geb. eleg. 12 M. Brockhaus, Conversations-Lexikon, 7. Aufl. in 12 Bden. 9 M.; 8. Aufl. in 12 Bden. 12 M.; 9. Aufl. in 15 Bden. 21 M.; 10. Aufl. in 15 Bden. 30 M. Brockhaus, Bilder-Atlas zum Conversations-Lexikon, neueste Aufl., statt 90 M. für 36 M. Brühl, Geschichte d. katholischen Literatur Deutschlands 3 M. Bunsen, Bibelwerk, statt 66 M. für 30 M. Chamisso's Werke, herausgeg. v. Kurz, 2 Bde. 5 M. Curtius, Geschichte der Neu-Griechen, 2 Bde. 2 M. Döring, Anthologie alt englischer Balladen in metrischen Uebersetzungen, statt 6 M. für 3 M. Dürker, Knebel's Briefwechsel mit seiner Schwester Henriette, ein Beitrag zur deutschen Hof- u. Literaturgeschichte, ungeb. 3 M. Erl, Germania, deutsches Volksgefangenbuch 2 M. Allgemeine Encyclopädie für Kaufleute u. Fabrikanten 6 M. Förster, Friedrich d. Große als Mensch, Regent u. Feldherr, mit 130 Abbildungen 4.50 M. Gartenlaube 1860—71, geb. 4 M. Gerold, Bilderbuch, Evangelienpredigten, geb. 5 M. Gerbner, Nationalhistorie 2 M. Göthe's Werke, herausgeg. v. Kurz, 12 Bde., geb. eleg. 24 M. Grube, geographische Charakterbilder, 3 Bde. 6 M.; Charakterbilder aus der Geschichte u. Sage 6 M. Haider, die Jagd in Wäldern, Sammlung aller möglichen Vorwörter u. Abenteuer der hohen u. niederen Jagd, 6 M. Hager, erster Unterricht des Pharmaceuten, botanischer Theil in 150 Lektionen mit 834 Holzschnitten 4 M. Hauser, fünf Bücher classischer Prosa zur Förderung sittlicher Entwicklung deutscher Jugend 4 M. Heine, Buch der Lieder 2.50 M. Heyes Fremdwörterbuch 5 M. Homers Ilias und Odyssee, überf. v. Böckh, geb. 3 M. Horazens Satiren u. Episteln deutsch v. Döring, geb. eleg. 2 M. Hotho, die Malerschule Suberts von Eyck, 2 Theile in 1 Bd. 6 M. Humboldt's Kosmos, 4 Bde., geb. 9 M.; Ansichten der Natur 2.50 M. Humboldt's Reisen in Amerika u. Asien, 4 Bde. in 2 Einbden 6 M. Houtwoud's sämtliche Werke, 5 Bde. 6 M. Hütten's theatrale Werke, 10 Bde. in 4 Einbden, 6 M. Kleewetter, Fremdwörterbuch 4 M. Klopke, christlicher Familien-Tempel, Morgen- u. Abendbetachtungen auf alle Tage des Jahres, 2 Bde. 4 M. Klopstocks Werke, 9 Bde. eleg. geb. 9 M.; Klopstocks Oden, herausgeg. v. Dürker, 1.25 M. Kugge, über den Umgang mit Menschen, ungeb. 2 M. König, Waaren-Lexicon 4 M. Krenschig, Vorlesungen über Schakpeare u. seine Werke, 1. Bd. ungeb. 3 M. Paul Linden, überflüssige Briefe, ungeb. 1.50 M.; die Gegenwart, Jahrgang 1873 geb., 1874 u. 75 ungeb., statt 56 M. für 20 M. Lenau, Savonarola, Albigen, Faust u. Nebelschlagfäule in 1 Einbd. 2.50 M. Menzel, Handbuch d. rationellen Schafzucht, statt 5 M. für 2 M. Merk, Handbuch d. praktischen Kunstier-Heilkunde u. Anleitung zur Zucht u. Wartung der Haushiere, Schweineleberb. 4.50 M. Müller, evangelischer Herzenspiegel, Predigten auf alle Sonn- u. Festtage des Jahres, Quartob. 9 M. Mühlbach, Friedrich d. Große u. sein Hof, 33 Bf., statt 16.50 M. für 6 M. Pierson, preussische Geschichte, 2 Bde. in 1 eleg. Einbd. 5 M. Pöfel, Führer in d. Pflanzenwelt 6 M. Renan, Leben Jesu, geb. eleg. mit Vollschnitt 2 M. Frey Reuters Werke, 10 Bde. in eleg. Originalbden., statt 40 M. für 27 M. Richter, Kritiken u. dramaturgische Abhandlungen, statt 4.50 M. für 2.50 M. Schmidtlin, Anleitung zum Botanischen 2 M. Schmidt, Geschichte des Werthbundes (6.75 M.) 4 M. Schöne, Deutschlands Dichter u. Schriftsteller 3 M. Simrod, Gudrun, Nibelungenlied, d. kleine Heldenbuch, 2 Bde. 6 M. Staats, Samml. v. Musterverträgen nebst den gesetzlichen Vorschriften für Grundbesitzer 1.50 M. Stern u. Oppermann, das Leben der Maler vom 16. bis 19. Jahrhundert, ungeb. 6 M. Werner, Lieutenant zur See, die preussische Expedition nach China, Japan und Siam, 1860, 61 u. 62, 1. Theil 2 M. Wendt, Geschichte Thorns, 2 Bde. 4 M. Wirth, Geschichte d. Deutschen, 4 Theile in 2 Bden. 4 M. Wolf, deutsche Märchen u. Sagen 4 M.; poetischer Hauschat 3 M.; Hauschat deutscher Prosa 4 M. Wredows Gartenfreund 4.50 M. Zedlitz's Werke, 3 Bde. 4.50 M. Zimmermann, Naturkräfte u. Naturgesetz, Handbuch d. Physik, Electricität, Magnetismus, Galvanismus, Akustik u. c. 3 Bde. 6 M.; Malerische Länder- u. Völkerkunde mit 120 Abbildungen, 5 M. Zichoffe, Stunden der Andacht, 2 Bde. 6 M.

Berliner Hagel-Versicherung-Gesellschaft
von 1832.

Diese älteste Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft empfiehlt sich den Herren Landwirthen zur Versicherung ihrer Feldfrüchte gegen Hagelschaden. Sie übernimmt die Versicherungen gegen feste Prämien, bei welchen nie eine Nachschußzahlung stattfindet, und regulirt die eintretenden Schäden nach den in ihrer langen Wirksamkeit bewährten, anerkannt liberalen Grundsätzen. Die Auszahlung der Entschädigungen erfolgt prompt und vollständig binnen Monatsfrist, nachdem deren Beträge festgestellt sind. Die nachbenannten Agenten, sowie die unterzeichnete General-Agentur, sind zur Vermittelung von Versicherungen stets bereit und stehen mit Antragsformularen, sowie mit jeder beliebigen näheren Auskunft zu Diensten.

A. Im Regierungsbezirk Danzig.
In Danzig Herr Albert Hein.
do. „C. Affmann.
do. „Kreissecret. a. D. Mantel.
do. „Albert Haub.
do. „A. P. Muscate.
Müggelberg Herr Lehrer C. Scheibe.
Carthaus Herr Rentier C. Timme.
Berent Herr Cb. Rennwanz.
Kriestohl Herr Reichssecretair Wüttner.
Lamenslein Hr. Hofbesitzer A. Sellwich.

B. Im Regierungsbezirk Marienwerder.
In Marienwerder Herr Cb. Hofe.
do. „Marshall.
Gerswinck Herr Spediteur C. Höpfer.
Kopittow Herr S. Witt.
Gr. Krebs Herr D. Kemski.
Christburg Herr S. Schirmacher.
Braunsvalde Herr W. Schumacher.
Al. Falkenau Herr Reichsrentmeister A. Thiel.
Mewe Herr Thierarzt R. Sempel.
Garnsee Herr Lehrer Bernikel.
Hansdorf Herr Lehrer Behring.
Harnau Herr G. L. Rogaski.
Bellschwinck Herr Organist A. Hoffmann.
Bijchsewerder Herr M. Friedländer.
Dt. Eylau Herr Herr L. & Koltow.
Röbau Herr Th. Wellenger.
Neumark Herr Herrm. Landsbut.
Lautenburg Herr C. Ruffowitsch.
Strasburg Hr. Lehrer L. Dombkeiwicz.
Thorn Herr Carl Reiche.
do. „M. S. Olszewski.
Schmolln Herr Herrm. Kübner.

In Dirschau Herr A. Arens.
Br. Stargard Herr F. Kettig.
Stargard Herr Lehrer v. Lipinski.
Kerfisch Herr F. Pawlowitsch.
Belpin Herr Heymann.
Marienburg Herr F. W. Conrad.
Altfelde Herr Gutsbesitzer D. Frowert.
Eibing Herr Albert Reimer.
Tiegenhof Herr Ad. Stobbe.

Die General-Agentur der Berliner Hagel-Versicherung-Gesellschaft von 1832.

Alfred Reinick,

Comtoir: Ankerschmiedgasse 6. (5415)

Die Strumpf-Waaren-Fabrik

von Otto Harder, Danzig.

Große Krämergasse No. 3, empfiehlt selbstgefertigte Waaren, als:

Strumpflängen weiß und colorirt, glatt, kraus und glatt.

Fein wollene Hemden, Beinkleider, Unterrocke, Westen, Unterröcken, Leibbinden u. c.

Ferner gewebte Tricotagen, als:

Hemden, Beinkleider u. c. für Herren, Damen und Kinder in großer Auswahl und mache darauf aufmerksam, daß ich diese Gegenstände im Preise bedeutend ermäßigte. (5470)

Ein Schreibpult mit vielen Schiebläden, 1 birk. Sopha Tisch zu verkaufen

Hundegasse 108, 1 Treppe. (5445)

Eine Brau-Bier-Brauerei wird zu pachten gesucht. Off. werden unter G. W. 174 postl. Mühlhausen Ostpr. erb.

Wäddchen jeden Alters, aus guter Familie, finden beste Erziehung bei einer Dame, die sich diesem Beruf widmen will. Näheres in der Expedition d. Ztg. unter No. 5441.

Ein j. Mädchen von aukt. Eltern, welches längere Zeit in einem Kurzw.-Geschäft fungirt hat, gegenw. in Stell. ist, wünscht sich zu verändern. Abz. werden unter 5463 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Eine sehr gebild. Dame, die gut rechnen und eine vorz. Hand schreibt, sucht Stell. als Kassirerin od. Verkäuferin, gleichw. welch. Geschäft, am liebsten nach auswärtig. Abz. w. unter No. 5413 i. d. Exped. d. Ztg. erb.

In meinem Droguen- und Farbensgeschäft ist eine Lehrstelle sogleich zu besetzen. A. Lemme & Comp. Nachfolger, Lauenburg in Pomm.

12,000 Mart

sind zur ersten Stelle auf ein städt. oder ländliches Grundstück zu vergeben. Abz. sind unter No. 5461 in der Exped. dieser Ztg. abzugeben.

Heiligegeistg. 20 ist zum October das Ladenlokal nebst geräum. Wohnung zu verm. Näb. daselbst 2 Tr.

Haase's Concert-Halle, 42. Breitengasse 42.

Heute Mittwoch und folgende Abende: **Große musikalisch-theatralische Gesangs-Soiree**

der Norddeutschen Complett-Sänger-Gesellschaft „Seltig“ aus Straßburg.

Frl. Ella, Chansonnette-Sängerin, Betty, Couplet-Sängerin, Nina, Costüm-Soubrette, Patti, Lieder-Sängerin, Frau Director Scheel, tragische Sängerin.

Anfang 7 1/2 Uhr. Genußreiche Abende versprechend, zeichnen hochachtungsvoll

Director Scheel. H. Haase. (5431 5466)

150 Mart Belohnung

wird demjenigen zugesichert, welcher den Thäter der in der Nacht vom 28. zum 29. v. Mts. die Grenzschleuse resp. Wasserwehre zwischen der Feldmark Gr. und Kl. Jänber, am Lande des Hofbesitzer Frn. Schubert, durchstochen, so nachweist, daß derselbe gerichtlich belangt werden kann.

Kl. Jänber, den 1. Mai 1877. (5438) Der Gemeindevorstand.

No. 10.303 u. 10.319

kauft zurück d. Exp. d. Zeitung.

Verantwortlicher Redacteur S. Ködner, Druck und Verlag von A. W. Kfemann & Co. Danzig.

Der Gemeindevorstand.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag: Gastspiel des Balletmeisters Herrn Gindlach und der Solotänzerinnen Frl. Chrapal und Krause.

Gewinnlisten

der Königl. Preuss. Klassen-Lotterie, Ziehung den 2. Mai, sind nur durch den General-Agenten Frn. Bernhard Sternberg in Danzig, Langgasse No. 27, zu beziehen.

A. C. Engels in Berlin, Josephstraße No. 7. (5469)

7. große Mecklenb. Pferde-Verloosung zu Neubrandenburg.

Loose à 3 M. i. d. Exp. d. Danz. Ztg.

Stettiner Pferde-Lotterie,

Ziehung den 7. Mai cr., Loose à 3 M.

Königsberger Pferde-Lotterie,

Ziehung d. 30. Mai cr., Loose à 3 M. bei (5380) Th. Bertling, Werberg. 2.